

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbestellung. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. Oktober 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 118

Marginalien zu nachfolgenden und vorausgegangenen Sachen

In unsern Tagen der kullenden Geschehnisse, der sich überstürzenden Ereignisse, der bald steigenden, bald zurückebenden Wirrnisse, der immer von neuem anwachsenden Kümernisse wie der ungelächtesten Bekennnisse auch zu unausgegorenen Methoden ist die Tätigkeit in dem komplizierten Sackwerk „Korrespondent“ ein Stück Arbeit, das an Blickweite, Urteilsfähigkeit wie Urteilsicherheit außerordentlich viel verlangt und deshalb eine hochgradige Nervenanspannung zur Voraussetzung macht. Wird gärt der jungen Freiheit Hoff, laut verbreitet sich die aus des Lebens Not destillierte Anzuleidenheit und lähmend oftmals will man die Kasse des Verbandsorgans füllen.

Zwischen diesen Ausgeburten einer neuen, nicht entzickend schönen Zeit macht sich allerdings auch alle Benutzbarkeit woblkündig bemerkbar. Das sie nur weniger begehren sein möchte! Die Schlafmühe wird heute sicherlich von niemand als ein empfehlenswertes Kleidungsstück angesehen. Jedenfalls aber könnte mehr Gleichgewicht nicht haben. Sieht man die Schaffenden in den Druckereien selbst mehr mit den Augen des Menschen an, so wird noch erkennbarer, wie weit wir der inneren Ruhe entfremdet sind, die am besten gedehliche Arbeit gewährt. Es darf gar kein Zweifel bestehen: das Ceterum censeo, die Magenfrage, ist zu wenig einer größeren Befriedigung entgegengeführt worden!

Man kann es uns glauben, daß auf diese schwerwiegenden Realitäten weitgehende Rücksicht genommen wird an der Stelle, die der Buchdrucker sowohl mit traditionellem Rechte wie in zeitlicher Richtigkeit als seinen Leuchtturm zu betrachten pflegt. Wir vermeiden den großen Zugriff, verzichten auf den Korporalton, gewähren Meinungsfreiheit bis zur zulässigen Grenze der gesunden Vernunft und der Papierkontingenzierung und suchen nach aller Möglichkeit die „Korr.“-Gemeinde zu befriedigen und die sich von der Predigermission erfüllt Sehenden im besondern.

Indes wäre doch zu wünschen, daß man guten Gründen sich zugänglicher zeigte und einsehe, daß das Beharren im Eigenstimm bei falschen Vorstellungen und logischen Fehlschlüssen weder ein persönlicher Vorzug ist, noch sachlichen Nutzen haben kann. Es können im Verbands nicht 68000 Einzelwillen maßgebend sein, und im Organisationsleben wie bei den Ansprachen von der Tribüne des „Korr.“ herab darf die Duldbarkeit gegen andre Meinungen nicht zur Farce werden, kann man nicht die Rechthaberei zur höheren Tugend machen wollen.

Ohne der Anbiedertheit nun gerade als Musterbeispiel dienen zu wollen, möchten wir doch daran erinnern, daß von uns schon vor Monaten erklärt worden ist, nach Möglichkeit die eingelassenen Artikel, zu denen etwas zu sagen wäre, ohne besondere Stellungnahme zu lassen und darum tunlichst auf eingekalkulierte oder nachfolgende Anmerkungen („Redaktionschwänze“) zu verzichten, inwiefern sie sich traditioneller Unbeliebtheit erfreuten. Wir sagten deshalb ausdrücklich, die nunmehr unkommentierte Ausnahme eines Artikels, der nicht ganz ohne Beanstandung bleiben könnte, sei noch nicht als Zeichen der Abereinstimmung aufzufassen. Die ungebundene Meinungsfreiheit seit dem 9. November 1918 schraubte auch an den „Korr.“ die Ansprüche höher. Wir kamen diesen entgegen, indem von Zeit zu Zeit sogenannte Sammelnummern erschienen, d. h. Zusammenstellungen von Diskussionsartikeln über gleiche Materien, wodurch sich schon manche Korrektur der vorgelegten Ansichten selbsttätig vollzog. Im weitern griffen wir zu einem Redaktionschwänzeverfahren dergestalt, daß im Leiter der gleichen oder der folgenden Nummer je nach Notwendigkeit die Einwendungen kritisch zerstückelt und die auseinandergehenden Auffassungen so einer ruhwerkenden Stärkung zuzuführen versucht wurde. Mit diesem Modus, der übrigens auch der Raumersparnis mit Erfolg dient,

haben wir schon bei der Diskussion zu der Maltung des Karlsruhschusses zufriedenstellende Resultate erzielt. Es können so auch Schärpen besser vermieden werden, was nicht immer leicht fällt, denn je weniger jemand sachfördernd zu sagen weiß, um so eher verfällt er in den Ton unwissender Rechthaberei oder zeitgenössischer Wortabfehlung.

Allerdings hat sich ein neuer Umstand gezeigt: die abschließlich nicht immer schon von weitem erkennbar gemachten Marginalien zu solchen Sammelnummern sind manchmal nicht in den gehörigen Zusammenhang gebracht, auch wohl gar nicht gelesen worden. Man hat dann an irgendeinem verlässlichen Artikel den sonst arg verpönten Redaktionschwanz vermischt und ist folglich zu unzutreffenden Schlussfolgerungen gelangt.

In dieser Nummer bieten wir nach mehrmals vorausgegangenen, schon im April begonnenen Sammelnummern eine Auswahl von Artikeln, die teils bereits einige Zeit liegen, teils erst in den letzten Tagen eingegangen sind. Bei einer solchen Gruppierung nach Tendenzen kann der zeitliche Eingang eben nicht wie sonst üblich bestimmend sein. Die inhaltlich sämtlich mit der letztmaligen Karlsruhschubstiftung in Zusammenhang stehenden Artikel bilden nur einen Teil der noch eingereichten Wortmeldungen. Einige mußten wir schon verabschieden, weil sie so fiederlich hingefachelt wurden — Bleistiftschiff auf schlechtestem Druckpapier —, daß unsere Seher Schwierigkeiten gemacht haben würden ob eines solchen Manuskriptes. Die andern können zumest unterbleiben, weil sie schlechte Wiederholungen von schon besser Geklagtem sein würden. Wer also keine besondere Ablehnung seiner Einwendung im „Brieftasten“ zu lesen bekam, wird hierdurch nun Bescheid wissen.

Als Marginalien zu den Provinzartikeln möchten wir kurz folgende anbringen: Wenn zehn Redner in einer Versammlung zu einem Punkte bereits gesprochen haben, pflegt Schluß der Debatte beantragt und angenommen zu werden. Wir sind so konstant, noch einen Artikelsschreiber für und einen gegen zum Worte kommen zu lassen. Sie wurden unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, was sie zu sagen haben. Es ist schon etwas Neues dabei. Die Redaktion glaubt mit Rücksicht auf die Leser sowohl wie auf den Raum von den fast nur Wiederholungen bringenden weiteren acht Artikeln Abstand nehmen zu können. Kollege Kofke (Neukölln) zehrt darunter als größter Großstädter zwar aus, um den lieben Provinzkollegen den Industriebund für das graphische Gewerbe auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes und ähnliche neue Wege des Feils warmherzig zu empfehlen, im Kernpunkte der gepflogenen Diskussion vermag er aber auch nur zu erklären, daß „ein Unterschied in dem Lebensunterhalte zwischen Groß- und Kleinstadt konstatakt werden muß“. Was wir in Nr. 111 als Marginalien ähnlicher Art gesagt haben („Die Situation im Gewerbe“), ist in seiner guten Absicht nicht richtig gewürdigt worden. Wir wollen unterleis aber auch Wiederholungen vermeiden und beschränken uns deshalb auf die Empfehlung nochmaligen, aber besseren Votens. Wie schlimm es in mancher Großstadt ausbleibt, ohne des Leibes Nahrung und Notdurft zum Vergleich zu nehmen, zeigt wohl Königsberg, wo der Gemeindesteuereinklag mit 418 Proz. und das Gas mit einem Kubikmeterpreise von 96 Pf. am höchsten in ganz Deutschland stehen. Die beiden die Diskussion beschließenden Artikel in dieser Nummer mögen in ihrer Art wirken. Es ist doch auch zu berücksichtigen, daß seit Wochen die vielen Versammlungsberichte aus der Provinz eine lange Reihe von Professen abgeben, denen jedenfalls höhere Bedeutung beizumessen ist als den Artikeln einzelner Provinzkollegen. Jezt muß vor allen Dingen erreicht werden, daß die Provinz nicht ein so ungleiches Bild bietet in der Durchführung der Teuerungszulagen. Den weiteren Erfordernissen werden alle Verbands- und Tariforgane auf Gehilfenfelle gespannte Aufmerksamkeit widmen und augenfällige Ungleichheiten zu beseitigen trachten.

Von den Maschinenleiterartikeln bringen wir nach dem in voriger Nummer vorausgegangenen des Kollegen Vierath auch nur diejenigen, die das meiste am besten besagen. Der angegriffene Artikel von F.—s. in Nr. 111 war ein mißtönendes Echo auf den Maschinenleiterbericht aus Berlin in Nr. 106 mit dem zum Widerspruch reizenden Gerede von Sinn und Kunst. Kollege Kallenbach sagt ganz richtig in seinem Artikel, daß diese Stelle zum mindesten nicht hätte im Versammlungsberichte zu erscheinen brauchen. Wir bieten uns zu ihrer Ausmerzung nicht befugt, weil es nach dem Berichte den Anschein hatte, als ob mehrere Redner sich auf diesen Standpunkt gestellt haben und der Vorstehende bei seiner Prüfung des Berichts vor der Absendung untrer Meinung nach gerade aus diesem Umfange von einer Streichung Abstand genommen hätte. Durch den Artikel des Kollegen Vierath erfährt man nun, daß überhaupt nur ein Redner dafür in Frage kommt, und daß die andern ihre Ausführungen in einem Zusammenhange gemacht haben, der aus dem Bericht ebenfalls nicht zu erkennen ist. Der Kollege F.—s., den die inkriminierte Stelle auf den Plan rief, hat dann in einer Weise darauf repliziert, die nicht nur wegen ungedrügter Ausdrücke wie „widerwärtigste Blüten“, „Selbstüberhebung der Maschinenleiter“, „dummdreiste Unmahnung“ usw., sondern auch wegen der ganzen, in dem Vbrwurfe des „Spartenegoismus“ gipfelnden Tendenz böse aneden mußte. Hätte der betreffende Kollege seinen Artikel eingelassen, ohne daß er sich auf ein gegebenes Stichwort berufen konnte (den Berliner Maschinenleiterbericht), so wäre er mit seiner „Sympathieerklärung“ für die Sparten einfach abgewiesen worden. Unter solchen Umständen müßten wir ihn zu Worte kommen lassen. Er hätte seine abweichende Meinung aber gewiß anders äußern können. Wir haben in der gleichen Nummer (Zeitartikel „Die Situation im Gewerbe“) durch eine Marginalie, die der Kollege Kallenbach schon zum Teil zitiert, bereits einer Komplizierung vorzubeugen versucht, ohne durch Ausschärfen der größten Kanonen die Geschichte noch zu verschärfen. Infolgedessen ist scheinbar der Kollege F.—s. zu auf sorgelommen. Wir haben die Überzeugung, daß es sich bei den Maschinenleitern um eine Wiedergutmachung sowohl in Bezahlung wie Arbeitszeit handelt, über deren Berechtigung wir uns schon in Nr. 88 ausgelassen haben. Das ist für uns die Hauptfrage.

Kollationierartikel haben den Maschinenleitern auch Anlaß zu Klagen gegeben, in dieser Nummer wird das nochmals geschehen. Wir sind in Nr. 111 schon dafür eingetreten (erste Seite, dritte Spalte, dritter Absatz), daß den Kollationern eine Mehrgewährung für ihre wohl unrechtmäßige Beschäftigung und deshalb größeren Ausgaben für Arbeitskleidung sowie deren Reinigung zuteil werden müßte. Aber das kann ohne jede Berufung auf die Maschinenleiter erfolgen! Diese erblicken nicht zu Unrecht Mißgunst darin, wie man jetzt an ihnen exemplifiziert.

Eine weitere tarifliche Reglementierung der Bezahlung nach Berufsgruppen, wie sie ein Kollege aus Ulmberg nun auch für die Hilfsdienstleiter und der Kölner Kollege Richard Göhe allgemein für die Spezialarbeiter fordert, bezeichnen wir nochmals als einen Fehler, der sich an den Gehilfen selbst rächen müßte und gegenüber den immer noch das Gros bildenden Handhabern eine schwere Ungerechtigkeit sein würde. In Druckereikreisen besteht auch wenig Neigung für diese Art Neuorientierung.

Wenn nach dem trefflichen Artikel von Artus verfahren wird, dann geht es um so viel besser. Es wird jetzt häufig der Ruf laut: Mehr Kampfortanktion! Die verlangte tarifliche Reglementierung schließlich bis zum Kolumnenschneidfaktor ist aber ein derber Sohn darauf. Man kann auch unmöglich gegen die vielen Stellenungen der Teuerungszulagen sich enträften und für noch mehr Umlagerungen der Bezahlung eintreten, wie es ja in dieser Nummer wieder geschah! Kalten wir uns doch mehr im Gleichgewicht und geben wir keinen Anlaß zu billigen Stoffen! Das sollte in diesem Ja, sein wie in anderen.

Mehr Verständnis für das Los der Provinzkollegen!

Die angezogene Erhöhung der Steuerungsulagen von 6 bis 12 M. als Ausgleich der teuren Wohnungsverhältnisse in der Großstadt im Vergleich zur Kleinstadt (Korr. Nr. 107) entspricht annähernd den Tatsachen. Ich muß aber meiner Bewunderung darüber Ausdruck geben, daß nicht gleichzeitig die vielen bis dahin fast gänzlich ungenutzten Wohnungen moliert sind. Daß die Wohnungsnot im ganzen Reich allgemein ist und damit eng zusammen eine Verteuerung der einzelnen Wohnungen eintritt, wird einem jeden Kollegen bekannt sein. Daß nun aber die Steuerungsulagen der einmal bestehenden unterschiedlichen Wohnungsverhältnisse jedesmal in Einklang gebracht werden, geht wohl denn doch zu weit. Andererseits wären allerdings schon mit dieser etwaigen Behauptung die gleich teuren Lebensmittelpreise von der Groß- zur Kleinstadt zum Ausdruck gebracht.

Die zum letzten Heft der Zeitschrift verarbeiteten rationierten Waren liefern den besten Beweis dafür. Mit den etwaigen überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen gehen Wucherer und Lebensmittelhändler über den Berg. Und so kommt es, daß der Kleinstädter, umringt von Groß- und Kleinstädtern, die allerunterwendigsten Nahrungsmittel im freien Handel fast ebenso teuer bezogen muß wie der Großstädter. Wo bleibt da die Konsequenz des Steuerungsausgleichs?

Das Resultat der letzten Ertragsrechnungen ist eben auf Kosten der Provinzkollegen erzielt. So verdient z. B. in Kiel als nahegelegener Großstadt mit seinen 20 Proz. Lokalzuschlag ein verdrahteter Kollege ab 1. Oktober, abgesehen von 6 M. für die teurere Wohnung, 17,30 M. mehr die Woche als ein solcher in Orten mit 5 Proz. Lokalzuschlag. Für welche Mehrausgaben ist nun diese Summe anzurechnen?

Eine Kamillität wird gewiß auch noch auf den Arbeitsnachweiser entfallen. Denn welcher Kollege läßt sich unter gleich teuren Lebensmittelpreisen mit 17 bis 20 M. weniger wußt nach der Kleinstadt abziehen? Ganz ungesunden Zuständen sind durch diese enormen Preissteigerungen der Provinzkollegen die Türen geöffnet. Diese Folgeerscheinung wird selbst die Prinzipalität noch schwer empfinden müssen.

Eine engere Verbindung mit den Provinzkollegen vor einer jeden Tarifberatung wäre im Interesse der gesamten Kollegenschaft sehr am Platze, denn die Beurteilung der ländlichen Verhältnisse von der hohen Warte aus führt zu Tragikfällen.

Gutlin (Hollstein).

Johannes Rathkamp.

Sinab in den Orkus!

Mit den Gehilfenvertretern nämlich, die bei der letztmaligen Tarifauschüttung samt und sonders verlagert haben. Sie haben sich von den Prinzipalitäten über Ohr bauen lassen, sind auf einen einfachen „Bluff“ hineingefallen, sie haben bewiesen, daß sie von den Verhältnissen außerhalb der Großstädte keinen blauen Dunst haben, daß das vielgerühmte Solidaritätsgefühl ihnen ein vollständiges fremder Begriff ist usw. usw. Wer das nicht glaubt, der lese aufmerksam die Nummern des „Korr.“ in den letzten Wochen; dort wird es den Gehilfenvertretern von einer ganzen Anzahl Provinzkollegen scharf attestiert.

Ob alle diese Kollegen wohl eine ganz kleine Abnung davon haben, was es heißt, bei Verhandlungen mit den Prinzipalitäten Verbesserungen für die Kollegenschaft herauszuholen? Ob der eine oder der andere von ihnen wohl schon einmal Gelegenheit hatte, an irgendwelchen Verhandlungen mit der Prinzipalität teilzunehmen und das von der letzteren vorgebrachte Material sachlich zu beantworten und wenn möglich zu entkräften? Ich möchte es bezweifeln, denn sonst wäre die Artikelkritik wohl etwas weniger — na, sagen wir: temperamentvoll gewesen.

Die Tatsache, daß die Kollegen der Großstädte ein paar Mark mehr Lohn zugesprochen erhielten, veranlaßt eine Reihe Artikelhändler zu wichtigen Ausführungen gegen Gehilfenvertreter und Großstädter. Das übermäßig viel Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in den zahlreichen Artikeln zutage trete, kann man nicht ohne weiteres behaupten. Die Bemerkung des Kollegen aus Neurode, daß der Großstädter 30 bis 35 M. pro Woche mehr zugesprochen erhalten habe, zeigt das zur Genüge. Ich nein, lieber Kollege, eine ganz erhebliche Anzahl von „Großstädtern“ bekommt nur 4 M. und die anderen 6 M. mehr als die Provinzler. Natürlich die Lokalzuschläge hierbei außer Betracht gelassen, denn diese können doch in keiner Weise die während der letzten Zeit eingetretene Verschiebung der Steuerungsverhältnisse wettmachen.

Außer Mele und Steuern haben die Großstädter keine Mehrausgaben“, meinte ein Kollege recht „fachverständig“. Nun, ich möchte dem betreffenden Kollegen raten, es einmal eine Zeit lang in einer Großstadt zu versuchen, vielleicht bekommt er dann doch eine andre Meinung.

Gegenüber all den Behauptungen der Artikelhändler möchte ich die Verhältnisse einer Großstadt mit 12 1/2 Proz. Lokalzuschlag (deren gibt es eine ganze Reihe) denen der Provinzorte gegenüberstellen. Ein Kollege in einer solchen Stadt hat, sofern die Verhältnisse nicht noch schlechter liegen, allein für Mele und Steuern (350 Proz. Zuschlag) wöchentlich 18 bis 20 M. aufzubringen. Für Benutzung der Elektrizität oder der Bahn kommen auch noch verschiedene Marker hinzu, so daß allein schon hierdurch die höhere Zulage mehr als ausgeglichen wird. Dann aber ist es trotz allem Lamentos doch eine Tatsache, daß auf dem Gebiete der Versorgung mit Lebensmitteln

der Provinzkollege dem Großstädter um einige Marklängen voraus ist. Ganz objektiv gesehen, kann doch im Ernst nicht bestritten werden, daß tatsächlich die Provinzkollegen im allgemeinen besser daran sind als wir in der Großstadt.

Ich behaupte keineswegs, daß die Kollegen in der Provinz herrlich und in Freuden leben können, sondern bin durchaus der Meinung, daß der jegliche Lohn nicht ausreichend ist für ein einigermaßen auskömmliches Leben. Aber, ihr Kollegen aus der Provinz, da geht es den Großstädtern genau so schlecht! Das liegt in den traurigen Verhältnissen begründet, die wir leider im deutschen Vaterlande haben. Weshalb da auf die Großstädter und vor allem auf die Gehilfenvertreter schimpfen, welche letztere doch gewiß ihr Möglichstes getan haben? Nur eine Besserung der allgemeinen Verhältnisse kann wieder erträgliche Zustände auch für uns Buchdrucker herbeiführen.

Nun aber noch ein Wort zu den tatsächlichen Verhältnissen in der Provinz. Der Kollege F. G. aus Ziegenhals hat da — jedenfalls ganz ungewollt — die Situation blühend erleuchtet, wenn er schreibt:

Was es kostet, um die alten Steuerungsulagen und die Ferien in der Kleinstadt durchzubringen, davon hat der Großstadtkollege keine Ahnung.

Doch, lieber Kollege F. G., davon haben auch Großstadtkollegen eine Ahnung, soweit sie nämlich Verbände- und Tariffunktionäre sind. Und hier liegt gerade der Hake im Pfeffer! In vielen Provinzdruckereien waren im September die Steuerungsulagen vom Mal noch nicht restlos eingeliefert! Zu einem erheblichen Teil deshalb, weil die in Betracht kommenden Kollegen mit ihren Prinzipalitäten niedrigere Vereinbarungen getroffen oder in anderen Fällen nicht das Rückgrat beissen haben, das ihnen tariflich zustehende zu verlangen. Wer als Verbandsfunktionär in einem Bezirke mit vielen kleinen Druckereien zu tun hat, weiß ein Lied davon zu singen. Den Funktionären gegenüber wird erklärt, es sei alles in Ordnung, aber bei den Tarifberatungen können die Prinzipale aufwarten mit der Erklärung: „Sa, da und da und dort sind die Gehilfen mit weniger zufrieden gewesen!“ Das ist natürlich durchaus zu verurteilen, aber die nun einmal feststehenden Tatsachen lassen denn doch die Annahme berechtigt erscheinen, daß in diesen Provinzorten die Steuerungsverhältnisse eben nicht so abnorm gelagert sind wie in den großen Städten. Eine andre Erklärung ist doch nicht möglich.

Zum Schluß möchte ich übrigens den Provinzkollegen empfehlen, einmal die Augen aufzumachen und in andern Berufen Umchau zu halten. Sie werden dann vielleicht zu ihrem großen Erstaunen wahrnehmen, daß in wohl allen andern Berufen solche Lohnunterschiede bestehen (zum Teil viel größer als bei uns), und daß man dort trotzdem noch nicht auf den klugen Gedanken gekommen ist: Gleicher Beitrag, gleicher Lohn!

Darum, ihr Kollegen aus der Provinz, etwas mehr Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse und etwas mehr Sachlichkeit und Gerechtigkeit bei der Würdigung der gewiß nicht leichten Arbeit der Gehilfenvertreter. Etwas weniger schellen auf die bösen Großstädter — die schwimmen auch nicht in Butter —, dann ist beiden Seiten geholfen.

Kassel.

-tz.

„Sinz und Kunz“

Dem Kollegen F.-s. zur kurzen Erwiderung: Zunächst bejahe Ihr Artikel ganz etwas anders, als dessen Überschrift vermuten läßt. Der Inhalt des Artikels selbst strotzt von lauter Widersprüchen, Irrtümern und Entstellungen. Wenn man schon einmal über eine Frage artikelhaft will, dann muß man sich denn doch etwas gründlicher über die Sachlage orientieren, als es Kollege F.-s. getan hat.

Ich bin vielleicht mit vielen sachlich und ruhig denkenden Kollegen darin einig, daß jener Satz von Sinz und Kunz in der Berliner Maschinenlehreversammlung besser nicht gesprochen und noch besser nicht im „Korr.“ gebracht worden wäre, denn er ist tatsächlich eine Entgleisung. Solche Ausprüche einzelner Kollegen möge man auch als Einzelausprüche betrachten.

Welch der Kollege F.-s. überhaupt, was die Maschinenlehre zur letzten und den vorbegehenden Tarifauschüttungen erlebten? Nichts anderes, als was sie schon vor zehn und zwanzig Jahren befehlen keine Extrawurk! Oder ist es eine Extrawurk, wenn ich (und mit mir noch viele andre Sparienkollegen) heute (vor dem 1. Oktober) sage und schreibe 128 Proz. über dem Friedenslohn habe bei einer Teuerung von etwa 600 bis 700 Proz. (laut Berechnung einer bürgerlichen Zeitung) und einer etwa 200prozentigen Erhöhung des Nichtmaschinenlehre-Minimumkollegen? Ist es eine Extrawurk, wenn wir Maschinenlehre auch etwas von den Novemberrevolutionserwartungen verlangen, inwieweit die achtfündige Arbeitszeit, die wir schon vor zwanzig Jahren befehlen, auch etwas gekürzt werden möchten? Welcher objektiv und gerecht denkende Mensch gönnt den Maschinenlehren bei den heutigen Arbeitsverhältnissen, die eben tatsächlich nur der Eingeweihte richtig beurteilen kann, nicht eine kürzere Arbeitszeit? Nur der Egoist und Neider, wie er in Kollegen F.-s. verkörpert ist, nicht. Wir Maschinenlehren müßten schlechte Gewerkschafter sein, würden wir uns nicht gegen die fortwährenden Abbrüchungen mit Händen und Füßen wehren. Es liegt mir fern, mit Ausdrücken zu operieren, wie sie Kollege F.-s. in seinem Artikel gegen uns angewendet hat, wie ich es überhaupt in meinen Artikeln stets vermeide, mit solchen Kraftausdrücken eine Sache begründen zu wollen. Es ist unnötig, größere Ausführungen zu machen zur Ermiderung, denn ich schätze die Leser des „Korr.“ denn doch als besser

orientiert ein, als daß man ihnen solche Korr. glaubhaft machen könnte. Aber den Milläusern des F.-s. und den verschiedenen Rotationslern sei es gesagt: Es ist unüblich, bei Lohnforderungen immer und immer die Maschinenlehre auf Tapet zu bringen! Gibt es denn keine andre Begründung eurer Forderungen? Es ist doch allerhand, wenn z. B. ein Kollege in derselben Nummer (111) schreibt:

Mit noch größerem Recht (als die Maschinenlehre. Schr.) haben die Rotationsdrucker Anspruch auf erhöhte Steuerungsulagen.

Das ist doch, gelinde gesagt, eine grobe Unbilligkeit und den Tatsachen widersprechende Entgleisung. Es schämen eben viele Kollegen nicht zu wissen, was bei den Tarifauschüttungen während des Krieges vor sich gegangen ist. Im Leitartikel der gleichen Nummer 111: „Die Situation im Gewerbe“, schreibt die Redaktion (Spalte 3 Absatz 2):

Es hat fast den Anschein, als wäre auch ein neuer Spartenkrieg im Anzuge. Der Himmel bewahre uns davor, daß es wegen einer Wiedergutmachung bei den Maschinenlehren zu einem Frontangriff aller Sparten kommt usw.

Das ist es ja eben, das verkannt wird, daß es sich bei uns um das Festhalten und Wiederrücken des bereits Befestigten handelt, und deswegen schreie man nicht uns die Schuld an einem etwa entflammenden Spartenkrieg an, sondern denjenigen, die glauben, stets und ständig auf die „hochwürdigen“ Maschinenlehre schimpfen und abbauen zu müssen nach Mutter F.-s. Im übrigen verweise ich auf meinen Artikel „Sehmaschinen und Arbeitslohn“ in Nr. 114. Freiburg i. Br. Emil Kattenbach.

Die 25 Prozent der Maschinenlehre

Es ist eine leider nach jeder Tarifauschüttung wiederkehrende Erscheinung, daß jedesmal, wenn die Maschinenlehre das erhalten, was ihnen durch den Tarif garantiert ist, Kollegen an andern Sparten sich bemogen fühlen, gegen die „Extrawurk“ Sturm zu laufen. Man sollte meinen, es wäre höchste Zeit, daß man sich mit der Tatsache abfindet, daß eben die Maschinenlehre 25 Proz. Zuschlag erhalten.

Im Jahre 1911, als man den Maschinenlehren eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung „schenkte“, da regte man sich nicht auf. Aber die Maschinenlehre besaßen den Idealismus und schlochten im Interesse des gewerblichen Friedens die halbe Stunde. Jede Sparte hat das Recht, eine besondere prozentuale Erhöhung herauszulagen, und kann ich nur wünschen, daß sie es tun würden, um ihrer Tätigkeit auch materielle Anerkennung zu verschaffen.

Bei der Kritik der 25prozentigen Erhöhung bei den Maschinenlehren vergißt man sehr häufig die Hauptgründe, die mit maßgebend dafür waren. Nicht nur allein die gesundheitsmäßige und nervenrundernde Tätigkeit an der Sehmaschine sind Maßstab gewesen, sondern vor allem Dingen sollte dem gar zu raschen Ausbreiten der Sehmaschine dadurch Einhalt geboten werden im Interesse der Handseherkollegen.

In Nr. 108 des „Korr.“ ist es diesmal der Rotationskollege M. Johne (Jena), der eine Polemik gegen die Maschinenlehre losläßt. Aber, lieber Kollege J., es war höchste Zeit, daß der Tarifauschuss ein altes Unrecht endlich wieder gutmache, denn bis zu der letzten Teuerungsaufgabe hatten die Maschinenlehre gar keine 25 Proz. mehr, sondern nur noch 8 bis 9 Proz. sind von der Serrlichkeit geblieben! So sieht es mit den tariflich festgelegten 25 Proz. in Wirklichkeit aus!

Ich verkenne keineswegs die anstrengende Tätigkeit an der Rotation, dauert dieselbe aber intensiver acht Stunden wie an der Sehmaschine? Dagegen muß ich mich entschließen wenden, wenn Kollege J. behauptet, daß ein Rotationsler „mit weit überlegener Verantwortlichkeit belastet ist gegenüber einem Maschinenlehre“. Kollege J. kennt wohl nicht die tarifliche Bestimmung, daß der Maschinenlehre für seine Maschine verantwortlich ist? Es ist eine absolute Unterdrückung der Tätigkeit eines Maschinenlehers seitens des Kollegen J. Er hat auch scheinbar gar nicht berücksichtigt, zu welchen technisch schwierigen Arbeiten heute die Sehmaschine verwandt wird. Nicht nur gaffer Setzungsab, sondern Anzeigen, Tabellen, Maßdungen jeder Art werden heute auf der Maschine hergestellt. Viele Handseherkollegen, die während der Kriegszeit gewungenermaßen an die Maschine mußten, waren glückselig, als sie durch die Beendigung des Krieges die Maschine mit dem Winkelhaken wieder verkaufen konnten.

Man muß oft trauern, mit welcher Oberflächlichkeit das intensive und alle Nervenorgane in Tätigkeit haltende Arbeiten an der Sehmaschine von der Kollegenschaft beurteilt wird. Wie es nämlich mit den Gesundheitsverhältnissen der Maschinenlehre ausah, dafür ein Beispiel. Die letzte von der Zentralkommission der Maschinenlehre aufgenommene Statistik vom Jahre 1913 stellte fest, daß von 6500 Maschinenlehren 2000 lebend waren. Das ist jedenfalls kein erfreuliches Bild. Der Raum des „Korr.“ verbietet, noch näher auf die Frage einzugehen. Ich verweise aber auch auf das im Leitartikel des „Korr.“ (Nr. 10 vom 25. Januar 1917) zitierte Urteil eines namhaften Prinzipals über die Tätigkeit und die nötige Qualifikation eines Maschinenlehers.

Wie gesagt, steht es den Rotationslern frei, für ihre Position etwas „Kraaes“ herauszubolen, aber man benutze nicht, wie Kollege J., Argumente, die die Tatsachen direkt auf den Kopf stellen und der Gegenseite für die kommende Tarifrevision Wasser auf ihre Mühlen ist.

Lehnen Endes haben nicht nur die deutschen Maschinenleger die besondere Entschädigung, sondern in allen Staaten (siehe Auslandsrubrik im „Korr.“) haben die Maschinenleger höhere Positionen.

In Nr. 97 des „Korr.“ wird der Jahresbericht der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft besprochen. Daraus ist ersichtlich, daß im Jahre 1913 die Rotationsherstellung mit den Maschinenlegern fast gleich standen, im Jahre 1917 aber die Rotationsherstellung mit 250 Mh. höher entlohnbar wurden wie die Maschinenleger. Also, Kollege S., wie ist der Lohnunterschied? Selbst ist der Mann, dem Tüchtigsten freie Bahn in der Bezahlung!

Wohlt die Entlohnung der Maschinenleger gegenüber dem Handwerker in der jetzigen Form bestehen, so wird keiner der ersten noch ein Interesse daran haben, Maschinenleger zu bleiben. Den Vorteil davon, die Maschinenleger mit den übrigen Kategorien auf eine Stufe zu bringen, hat ebenfallt auch noch eine größere Arbeitslosigkeit. In unserer Zeit, vom Materialismus durchdrungenen Welt ist es schließlich begreiflich, daß man das Trommelfeuer wegen der sozialen Verständnisslosigkeit der Prinzipale dann gleichzeitig auf die Maschinenleger ob ihrer 25 Proz. losläßt. Die Maschinenleger sind gewiß die letzten, die der GesamtKollegenchaft nicht eine ebenso hohe Teuerungszulage gönnen, aber man trete den Maschinenlegerartikeln nicht mit Füßen.

Deshalb, Kollegen, lernt die Tüchtigkeit an der Schraube in ihrer Wirklichkeit einschätzen, überzeugt euch von derselben, dann wird auch das ewige Wagnis ein Ende haben.

R. H. Richard G. H.

Man setzt uns zurück

Nur hintereinander folgten in einzelnen Nummern des „Korr.“, einige Artikel, deren Schreiber deutlich darauf hinwiesen, wie tiefmütig in der Entlohnung wir Maschinenmeister (Rotationsherstellung und Spezialkollegen) behandelt werden.

Man muß den Mut zu allem verlieren, wenn man an die 25prozentige Erhöhung der Teuerungszulage für Maschinenleger denkt und vergleicht deren Tätigkeit mit der unsern; wie uns außer allem andern Schmerz und Mißbehagen die nackte Haut täglich dringen. Soll schon jemand gefragt nach unserer Berufslehre, die unvermeidlich auch schneller abreißt als die aller andern Kollegen? Und woher sollen alle Mittel dazu genommen werden?

Es ist dies eine bedeutende Zurücksetzung für uns. Auf alle Fälle haben wir ein Recht auf Sonderentschädigung! Es ist wirklich erfreulich, daß die Erkenntnis unserer Zurücksetzung durchgreift, und man mehr und mehr Stimmen hört, die darüber klagen.

Kollegen! Diese Zurücksetzung muß die nächste Tarifrevision beseitigen! Stehen wir alle dafür ein!
Waldshut a. Rh. Fr. Krüger.

Berechtigte Klagen

waren in manchen Artikeln bezüglich Hintanzsetzung der Provinzialer und Bevorratung der Maschinenleger zu lesen. Es wird hier und da u. a. von der Intelligenz der Maschinenleger gesprochen, was manchen Handwerker zur Zurücksetzung führen muß. Stelle man z. B. die Arbeit eines Akzidenzsetzers, der nicht immer nach dem einen Schema zu arbeiten hat, der des Maschinenlegers gegenüber. Hätte nicht dieser ebenfalls das gleiche Recht, als Spezialarbeiter eine tarifliche Entlohnung wie der Maschinenleger zu fordern? Der „höhere Grad von Intelligenz“, wie in der Nummer vom 25. September in einem Artikel hervorgehoben wird, dürfte bei den meisten Akzidenzsetzern vorhanden sein, ihre Leistungen bringen das von selbst mit. Geringwertiger ist auf keinen Fall die Arbeit des Akzidenzsetzers.

Deshalb sollte die Frage angeknüpft werden, ob der Akzidenzsetzer bezüglich der Entlohnung nicht gleichen Schritt mit der des Maschinenlegers halten bzw. verlangen soll. Maschinenleger, Akzidenzsetzer sind Spezialarbeiter, also — gleiche tarifliche Entlohnung.
Amberg. X.

Ein zweischneidig Schwert

Surell, mit Donnergepolter, rollen die wichtigen Worte von „Sinn und Kunst“ gegen die Sparten heran. Wollten am Sonntag, zu schweren Gemütern bestell! Der Ruf der Wächter auf den Höhen unserer Verbandsburg verhallt ungehört. Vergebens klettert die Fahne der Einigkeit vom Turme der Salomonstraße in Leipzig. Es raff das Volk, es will sein Opfer haben.

Von jeder war es so, wenn Extrawürste gebraten wurden. Als wir nur wenige Maschinenleger im Gewerbe hatten, empfand man die Höbereinstimmung als selbstverständlich — auch von Tarifs wegen. Da ihr Kreis aber größer wurde und „Sinn und Kunst“ in diesen Kreis eintraten, regte es sich allüberall. Die Rotationsherstellung, Flachdrucker an Anlagen und Falschapparaten, alle, alle wollten sie als Spezialarbeiter gelten, alle als Qualitätsarbeiter! entlohnt sein — durch den Tarif!

Nun überlege man: Wer ist ein Qualitätsarbeiter? Die Spartenmitgliedchaft ist sicher nicht Beweismittel. Die Leistung — sie ist alles! Und deshalb Kampf den Sparten!

Nein! Ihr Kollegen von der schwarzen Kunst am Kasten, so solltet ihr die Extrawürst nicht meiden. Denn den Maschinenlegern jene Kunst, die sie durch ihre Kunst

genießen. Warum soll alle Arbeit tarifiert werden? Der ist ein Mann, der seine Arbeit so verkauft, wie er sie einschätzt! Wer sich nichts zutraut, wird auch nichts verlangen. Der Mindestlohn gilt für die Mindestleistung! Seht die Maschinenmeister an: seit jeder wurden sie in den allermeisten Fällen anständig entlohnt als die Gewerbeleger. Wer von den Berechnern nicht sein Minimum verdient, der klag, und anderswo stand er zum Minimum. Verdient ihr mehr, wobian: so fordert es auch! Gewiß ist es nicht leicht, allein das zu erreichen. Doch Kester Tropfen höhlet den Stein. Den Grundlohn durch die Massenmacht, durch den Verband, durch den Tarif. Das Mehr aus eigener Kraft. So sollte es sein! Das Minimum wird nur zum Maximum, wenn ihr nicht handelt, fordert!

Glaubt ihr, die schönen Augen der Tippkollegen bedingen nur ihr höheren Lohn? Wer ging unter euch gern zur Maschine bei gleichem Lohne? Nicht einer würde sich! Das wissen auch die lieben Prinzipale, die in „sozialer Einigkeit“ für die Höbereistung die Mehrbezahlung geben. Sie sitzen in den lauren Äpfel und reichen ihn den Tippkollegen — wohl wissend, daß er giftig war und Leid erregen würde.

Man reichte uns ein doppelschneidig Schwert zu unsrer Selbsterziehung. Wollt ihr es den Brüdern aus den Sünden winden? Erhebt es! Weiblin laßt leuchten es als Zeichen der Erhebung, wie einstens Arminis Schwert im Teuburger Walde die Cherusker aufrief. So ermannt euch! Ein jeder fordere die Bezahlung seiner Leistung! Erwartet nichts. Besonderes vom Tarif! Er sei euch Führer, sei euch Mahner, nicht Allesbringer, niemals euer Wunschfüller! Seid Männer! Fordert euren Lohn! Schätzt eure Arbeit ein als gute Ware, und selbst was! Fortbildung ist der Grund, auf dem wir bauen können. Groß ist das Geld, das zu bestellen ist. Die Sparten seien, also laßt sie ernten. Nun laßt auch! Die Fachvereinigungen, Typographischen Gesellschaften, sie sind das Geld, dort achtet, laßt, und dann zeigt die Früchte als weiblin glänzenden Beweis, daß ihr des besseren Lohnes wert. Wenn jeder sich nur auf sich selbst befinnt, dann kann's dem Ganzen nicht helfen!

Der viel verlangt, wer dämmt viel,
Wer nicht das selbstgehörte Ziel;
Wer nicht strebt auf graden Wegen,
Dem kommt zuletzt das Ziel entgegen!

Berlin.

Artus.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Mehrsleben. (Merkeljahrsbericht.) In der Versammlung am 19. Juli wurde die Abrechnung von Johannisse gegeben, welche einen Überschuß von 170 Mh. aufzuweisen hatte. Für Mehrlieben eine Erhöhung des Lokalaufschlags zu beantragen, wurde von der Versammlung wegen ungenügender Begründung abgelehnt. In der Versammlung am 23. August wurde berichtet von der Bewertung der Antworte für das Gebührentariff zu Ehren unserer gefallenen Kollegen. Das Bild löst in einer Größe von 90x120 cm nach dem besten Entwurf von einem Berufsmaler angefertigt werden. Weiter wird hier von eine Reproduktion hergestellt, wonach zwei Verteilung für die Kollegen eine Auflage gedruckt werden soll. Ferner hielt uns Kollege Seidel einen Vortrag über das Betriebsrätegesetz. Er legte an Hand von Skizzen die Gliederung des ganzen Systems auseinander. An Stelle des besonderer Umstände wegen zurückgetretenen bisherigen zweiten Vorsitzenden wurde ein anderer Kollege gewählt. In der außerordentlichen Versammlung am 8. September gab uns unser Beihilfenvertreter König Bericht von der Tarifausschubstiftung. Er rühte uns die großen Schwierigkeiten und die besondere Hartnäckigkeit von Prinzipalseite eingehend vor Augen. Eine hier anschließende Diskussion brachte zum Ausdruck, daß die Versammlung mit dem Resultat nicht zufrieden ist, aber trotzdem die Tätigkeit unserer Beihilfenvertreter anerkennt. Sie schenkt ihnen auch weiterhin volles Vertrauen. Jedenfalls ist es besser, einen wenn auch nur kleinen Erfolg zu können, als unsre Tariftgemeinschaft in einen Zeitweilenshaufen verwandelt zu sehen.

Brandenburg. Am 14. September fand die ständige Bezirksversammlung in Rathenow statt. Nach einem Begrüßungsrede des Rathenower Männergesangsvereins „Vorwärts“ wurde vom Vorsitzenden der Geschäftsbericht und vom Kassierer der Kassenbericht gegeben. Hierauf erteilte Gausvorsteher Hannack das Wort zu seinem Vortrage: „Die wirtschaftliche Lage und das Buchdruckergewerbe“. In ausführlicher Rede stellte er die Substanz durch seine Ausführungen, wofür ihm der Dank der Versammlung zuteil wurde. In der darauffolgenden Debatte brachten die Rathenower Kollegen zum Ausdruck, daß sie mindestens eine Erhöhung der Teuerungszulagen um 25 Mh. ab 1. September und Anpassung der Lokalaufschläge an die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse erwartet hätten, und daß die in der Tarifausschubstiftung getroffenen Vereinbarungen eine abermalige Verschlechterung der finanziellen Lage der Provinzialkollegenchaft bedeuten. Kollege Sannack erwiderte darauf, daß Rathenow bestimmt einen höheren Lokalaufschlag erhalten und dadurch ja auch die Teuerungszulage eine Erhöhung erfahren würde. Auch wurde von einigen Rednern gerügt, daß wieder keine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht wurde durch Freigabe des Sonnabendnachmittags und daß eventuell nur Städte über 100 000 Einwohner dafür in Frage kommen sollen. In einer Resolution wurde anerkannt, daß unsere Vertreter in Tarifausschub alles getan haben, den Einkommensverhältnissen der Kollegen der heutigen Teuerung aller Lebensbedürfnisse gemäß Rechnung zu tragen. Die Ver-

sammlungen erklärten sich deshalb mit den materiellen Ergebnissen einverstanden, vorausgesetzt, daß nicht binnen kurzem eine weitere starke Geldentwertung eintritt. Sie hätten allerdings schon bei der diesmaligen Erhöhung der Teuerungszulage ein höheres Maß sozialer Einigkeit der Prinzipale gegenüber der Nothlage ihrer Beihilfen erwartet. In der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit durch Freigabe des Sonnabendnachmittags waren die Beihilfen von den gefassten Entschlüssen enttäuscht und erwarteten, daß Verbandsektion und Beihilfenvertreter diese Forderung immer wieder geltend machen. Nach erfolgter Vorstands- wahl und Bewilligung einer Zuwendung an die zurückkehrenden kriegsgefangenen Kollegen aus der Bezirkskasse erfolgte Schluß der Versammlung.

Düsseldorf. Der Seher Johann de Gräff konnte am 2. Oktober auf eine ununterbrochene 50jährige Tätigkeit in der Buch- und Kunstdruckerei H. Vogel hieher selbst zurückblicken. Aus diesem Anlasse wurden dem allseits beliebten Kollegen mancherlei Ehrungen von Seiten der Firma und seinen Kollegen zuteil.

r-r. Hamburg. Nach einer Mitteilung der hiesigen „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ ist der Kollege Karl Steinhardt in Rumänien von einer aufgeregten Volksmenge erschlagen worden. Kollege Steinhardt war einer der Führer der kommunistischen Bewegung in Wien. Bei einem Fluge nach Moskau mußte er in Rumänien eine Notlandung vornehmen, wo er sein tragisches Ende fand. Kollege Steinhardt war lange Jahre in Hamburg im Verbandsleben äußerst rührig, immer bemüht, die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln. Man konnte sehr wohl seiner Methode ablehnend gegenüberstehen, sein Wollen aber muß anerkannt werden. Den Generalversammlungen des Verbandes in Köln 1908, Hannover 1911 und Danzig 1913 wohnte er als Delegierter bei. 1913 wurde er aus Hamburg als lästiger Ausländer ausgewiesen.

Kempten. Am 7. September fand auf Veranlassung unfres Gausvorstehenden eine Mitglieberversammlung statt. Daran nahmen auch Kollegen von Memmingen, Mindelheim und Immenstadt teil. Kollege Kemmerich gab in eingehenden Ausführungen zu seinem Thema: „Die gegenwärtige Lage und die Beschäfte der letzten Tarifausschubstiftung“, ein Bild von der Zeit der Revolution vom 9. November 1918 bis heute und legte dar, mit welcher großen Schwierigkeiten unter der durch das wahnwitzige Völkermorden geschaffenen Wirtschaftslage gerade unser Gewerbe zu kämpfen hatte und hat. Im späteren Verlaufe seines Referats legte er überzeugend dar, daß die Beihilfenvertreter bei der letzten Tarifausschubstiftung alles aufboten, um die berechtigten Forderungen der Beihilfenchaft zur Anerkennung der Prinzipale zu bringen. Wenn auch begreiflicherweise das Ergebnis bei der Beihilfenchaft keineswegs befriedigte, so möge doch bedacht werden, mit welcher ungeheuren Schwierigkeiten die Beihilfenvertreter gerade bei dieser Sitzung gegen den Widerstand der Prinzipale und deren Drabstroläher zu kämpfen hatten, wofür er mit einwandfreien Belegen der Versammlung dienen konnte. Sein belläufig aufgenommenes Referat schloß er mit dem Appell, Treue zur Organisation, Treue zu den Beihilfenvertretern zu halten sowie einig und geschlossen zu sein, um der aus allen Ecken lauernden Reaktion nicht zum Siege zu verhelfen, um dann noch schändlicher ausgebeutet zu werden, als es unter der Gottesanbetersherrschaft der Fall war. In der Diskussion wurde die Teuerung ohne Ende als das größte Hindernis für den Wiederaufbau unfres danteberlegenden Wirtschaftslebens scharfsten verurteilt und das unsoziale und scharfmacherische Verhalten der Prinzipale, ganz besonders der Provinzprinzipale, lebhaft kritisiert. Eine vom Kollegen Dietrich eingebrachte Entschlüsselung fand einstimmige Annahme. Danach konnten sich die Versammelten mit Rücksicht auf die stetig steigenden Lebensmittelpreise und der Presse für alle übrigen wirtschaftlichen Bedarfsartikel mit dem Ergebnisse keineswegs zufrieden geben, obwohl sie die Schwierigkeiten anerkannten, mit denen die Beihilfenvertreter bei der letzten Tarifberatung zu kämpfen hatten. Vor allem wünschten sie, daß bei Festlegung der Lokalaufschläge ein Ausgleich geschaffen werde. Nach einem kurzen Schlußworte des Referenten forderte Vorsitzender Martin die Kollegen auf, einig und geschlossen zu sein, treu zur Organisation und unfren Vertretern zu halten und schloß mit Dankesworten an den Referenten und die Kollegen die interessante Versammlung.

Tübingen. In der Versammlung am 14. September nahmen die Kollegen den Bericht über die Tarifausschubstiftung entgegen. Vorsitzender Hartmann referierte in ausführlicher Weise und fand gebührenden Beifall. Besonders die wiederum erfolgte Stagnation der Teuerungszulagen und auch die Sonderbestimmung für die Maschinenleger in puncto 25prozentiger Erhöhung erregten eine lebhafte und z. T. begründete Ausprache. Auch die Betriebsrätefrage kam zur Erörterung, und wenn auch die Anerkennung der Vertrauensmänner und ein damit verbundenes Mitbestimmungsrecht gegeben sei, erhoffte man doch für die kommenden Betriebsräte bestimmt größere Rechte. Desgleichen erweckte die für Tübingen so gewichtige Lokalaufschlagsfrage weitgehendes Interesse und löst einen angemessenen Ausgleich bei den kommenden diesbezüglichen Beratungen erwünschten. Eine erfolgte Abstimmung ergab mit entsprechender Stimmenmehrheit das Ergebnis, daß man mit dem Erreichten nicht zufrieden war.

Briefkasten

A. S. in T. Was der Mensch werden will, das ist er schon. Rufen Ihnen, als Volontär ihr Glück zu versuchen und reich zu werden, weiterer Verdienstmöglichkeit zu arbeiten. Die Praxis ist der beste Lehrmeister. — G. A. in L. — Wenn Sie den Artikel in der Nummer lesen werden, erubirt sich eine Begründung der noch

mäßigen Ablehnung. — P. O. S. in A.: Sind noch nicht zum Schreiben gekommen. Höfentlich wird sich doch einmal eine feil langem dazu bestimmte Stunde freimachen lassen. — G. W. A. in B.: I. Band ist in der Tat ein bedauerndes Ende. Solange Eisenhardt war bei allem doch ein Ideal mit bezüglich höchstem Geistesflug, der ihn bevor bewährte, ein gebilligter Genialiker zu sein. 2. Wenn wir Ihnen persönlich sagen können, warum wir das nicht direkt nach Ihrem Wunsch erwidern dürfen, werden Sie uns verständnisvoll. 3. Die „Zeitschrift“ hat also auch in betreff Hamburg Mitteilungen gegeben. Wir werden ihr auch das bei passender Gelegenheit antworten; möge sie sich dann bei ihren unzuverlässigen Gewährsmännern dafür schuldig halten. — A. Sch. in Bg.: 5,20 Mk. — G. B. in L.: 3,40 Mk. — W. S. in A.: 4,80 Mk. — A. S.: Es folgt briefliche Antwort.

Bau Mittelrhein. Zu dem am 9. und 10. November in Mannheim stattfindenden Bautage wurden folgende Kollegen als Delegierte gewählt: Julius Ubrig, Samuel Goldmann, Hans Weber, Max Porzig, Jakob Grab, Nikolaus Gerberich, Nikolaus Dillenburg, August Sedlitz, Bruno Keller, Karl Dunkel. Als Ersatzleute: Heinrich Diehl und Wilhelm Weidner.

Vegetabilienmaschinen in der Verammlung Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, in Seiders Restaurant in Gddr.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Marginalien zu nachfolgenden und vorausgegangenen Sachen. — Mehr Verbandsrat für das Los der Provinz, egen I. — Sinab in den Orkus I. — „Sinn und Kunst“. — Die 25 Prozent der Maschinenher. — Man sieht uns zurück. — Vereicht le Klagen. — Ein zweifelhafte Schwert. — Eugener Königreich, III.

Papiernot und Papierverwertung: Stand der Papierherzeugung. — Hochmalige Erhöhung des Preises für Zeitungspapier. — Außerordentlich hohe Gewinne der Papierfabriken. — Die Konjunkturerholung für das vierte Quartal 1919. — Opposition gegen den Wiederaufbau der Zwangswirtschaft.

Korrespondenzen: Württemberg. — Brandenburg. — Düsseldorf. — Hamburg. — Kempten. — Tübingen.

Kaufmann: Nachahmungen wertvoller Briefe. — Aufruf der Straßburger Buchdruckerbeihilfe. — Meisterprüfung. — Der Landrat als Verfechter ehemaliger Astenjulte. — Rückgang des Buches ausländischer Autoren während des Krieges. — Ein merkwürdiger Schicksal nach über Streikarbeit. — Der deutliche Arbeitsmarkt im August 1919.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsloß 511,
Fernsprecher: 2111 Kurfürst, Nr. 1191.

Beitrag Genä. Das Buch des Seiners Kurt Hädrich (Hauptbuchnummer 103264, Osterland-Züringen 3915) ist auf der Post verloren gegangen. Es wurde ihm ein neues Buch Osterland-Züringen 3920 ausgestellt. Ersteres wird hiermit für ungültig erklärt.

Zur Aufnahme gemeldet
(Anmeldungen innerhalb 14 Tagen an die beigeigte Adresse):
Im Gau Schleswig-Holstein der Drucker Gustav Trendl, geb. in Könnig 1897, ausgef. dal. 1916; war noch nicht Mitglied. — Marlin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Verammlungskalender
Dresden. Verammlung Mittwoch, den 15. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“, Ribenbergstraße 2.
Leipzig. Korrespondenzversammlung Montag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Goldenen Eige“, Dresdner Straße 19.
Pößneck. Galalorenversammlung Dienstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, in Seiges Restaurant.

Der Verband der Verbandsgegichte
kann fell der enormen Erhöhung der Post- und Eisenbahn-tarife nicht mehr portofrei erfolgen. Vom 1. Oktober ab müssen deshalb die Verbandsheften auf den unänderlichen alten Buchpreis, welcher noch 2 Mk. beträgt, gesetzt werden.
Sammelbestellungen durch die Vorstände
Sind wegen der auf diesem Wege zu erzielenden Verbilligung des Bezugs nun um so mehr zu empfehlen. Die Besteller erhalten von jeht ab den Buchpreis plus Porto auf den Begleitbriefen in Zahlen angegeben. Bei Bahnverland in-folge umfangreicher Bestellungen erfolgt Preismitteilung durch besondere Mitteilung später. Bestellung und Begleichung einzuweisen noch in bisheriger Weise (ad i. Rabell & Sille, Leipzig, ad 2: Verbandskassierer Gustav Siller, Berlin), Außenstände sind baldigt mit dem Verbandskassierer zu regeln.

Zwei bis drei Schriftseher
Neill sofort ein [672]
„Dirschauer Zeitung“, G. m. b. H.,
Dirschau (Westpr.).

Linotypseher
(Ideal) für sofort gesucht. Bedingung:
Maschinenkenntnis und korrekte Schreibe-lung.
Gustav Wenzel & Sohn,
Braunschweig.

Typographseher
Modell A, für Herbstab. gesucht. [651]
Stück & Rohde, Welfenkirchen.

Schriftgießer
für Komplettschleife sowie ein tüchtiger
Flachstereotypseher
in dauernder, ausichtsvoile Stellung ge-sucht. [643]
Graf, Barth & Co. (W. Friedrich),
Breslau I, Herrenstraße 20.

Unger, Strebsamer
Maschinenmeister
Sucht Stellung. Derselbe ist in Werk-,
Platten- und Holzdruck erfahren
und mit Universal-Saugapparat vertraut.
Werte Offerten erbeien unter E. 665 an
die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tüchtiger
Zustrierer
wünscht sich zu verändern. In- oder
Ausland. Off. Angebote unter R. L. 650
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Spanien
Buchdruckerfachmann, 40 Jahre alt,
8 Jahre in Spanien, wünscht die Ver-
treterung von einschlägigen Geschäften.
Carlos Gelpy, Bilbao (Spanien),
Calle de los Heros 7 I deha.

Zeugnis = (Mach. Schr.)
1 Seite (bis 40 Zeilen a 70 Buchstaben)
10mal 4,30 Mk. (Nachnahme 4,85 Mk.)
liefern postwendend [667]
Schreibstube Neuhaus, Querfurt.

Neuerfahrene Preisliste
verfendet gratis und franko [679]
M. Wagt, Fachgeschäft grab. Werkzeug-
Leipzig-Südtor, Papiermühlstraße 5.

Neuzeitliche Ausnützung der
Buchdruckpresse
Ein Vorschlag zur Umformung der bis-
herigen Zureiche- und Produktionsweise
im Buchdruckgewerbe. Von M. Rauch.
Preis gebietet 2,60 Mk., geb. 3,50 Mk.
Früher erschienen und grundlegend
für obiges Buch: [632]

Wie soll ich zureichen?
Ein Leitfaden zur Aufbaue der Zureichung
in allen Druckarten auf Schwebeliste v.
Tegel, 112 S., 22 Abb., 20 Taf., 6. Aufl.,
druck, geb. postfrei 2,30 Mk.; Ferner
Der Buchdrucker am „U-B-Z“
Ein Ratgeber z. Einstellung des Unter-
jal-Bogenzuleiters auf alle Papierarten;
95 S., 112 Abb., 55 Taf., geb. 1,70 Mk., post-
frei geb. Voreinsend. od. Nachn. v. Ferner
M. Rauch, Stützger, Rudowstraße 20.

Marlitts sämtl. Romane
Bilgins Ausgabe, 10 Bände 28 Mk.,
Mit Illustrationen, 10 Bände geb.
35 Mk. [678]
Kur 4 Mk. monatliche Abzahlung.
Dito & Co.,
Berlin-Nichterfelde.

Alzidenz, Werk- und Zei-
lungseher sind geeignete Fachher-
binder im Graph. Verlag
S. Siegl, Mühlent 9, Kolubusstraße 1.
Katalog 25 Pf.

Teilzahlung
Uhren, Photoartikel, Musik-
instrumente, Schmucksachen,
Bücher.
Kataloge umsonst u. portofrei liefern
Jonass & Co., Berlin A. 407
Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Fehlerbuch von E. v. Coelln
Samml. v. Sprachfehlern, portofr. 1,75 Mk.,
u. and. gute Fachbücher i. Korrekturen.
Neue Preisliste auf Wunsch kostenlos.
Die Verlagsabteilung im B. d. T. G.
Leipzig, Salomonstr. 8, Postk. A. 53430.

Kaufmännische Organisation
der Buchdrucker (Buchführung, Preis-
berechnung). Geeignete Fachbücher
im Graph. Verlag S. Siegl, Mühlent 9,
Kolubusstraße 1. — Katalog 25 Pf.

Die Verbandsausstellung in Abma-
ßung des Verbandsmonument
Das Verbandsmonument
von der Intern. Buchgewerbestellung Leipzig 1914.
Karte 2 Bild 15 Pf., Album 35 Pf., postfrei
buch G. Siegl & Co., Leipzig, Salomonstraße 8.

Alphabethefte
Verband d. Deutsch. Typogr. Gesellsch.
Leipzig, Salomonstr. 8, Postk. 53430.

Am 24. September verschied
nach schwerem Leiden unter lang-
jähriger Mitarbeiter, der Seher
Karl Niehüfer
Ein dauerndes Andenken be-
wahren ihm [671]
Die Kollegen der Firma
Siegl & Becker, Leipzig.

Am 5. Oktober verschied unser
liebes Mitglied, der Seher
Georg Seher
nach kurzem Krankenlager im
Alter von 41 Jahren. [670]
Wir verlieren in ihm einen
lauteren, liebevollen und treuen
Kollegen, dem wir bis in fernste
Zeiten ein ehrendes Gedenken
bewahren werden.
Ortsverein Limburg (Vahn).

Fahrelang um das Beste, sein Augenlicht, herauf, verstarb nach längerer
Krankheit unser werter Kollege, der Rotationsmaschinenmeister
Sermann Schneider
Als Mitbegründer des Leipziger Maschinenmeistervereins in seiner Zeit nach
bestehenden Form, hat er sich um die besonderen Interessen seiner Spezial-
kollegen lange Zeit in beständiger Anwesenheit und dafür auch wieder-
holt Mahnungen erdulden müssen. Wir werden seine Tätigkeit nicht
vergessen und seiner in Ehren gedenken.
Der Vorstand des Vereins Leipziger Buchdruckmaschinenmeister.

Norddeutscher Maschinenseherverein
(Stb Hamburg.)
Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Gemeinschaftshaus“:
Quartalsversammlung
Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Unser zukünftiges Vereinsgebiet.
3. Beschlußfassung über den von der Zentralkommission ausgearbeiteten Ver-
trag. 4. Abrechnung. 5. Technisches.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Buchdruckersterbekaffe Straßburg i. Elb.
Aufruf!
Diejenigen Mitglieder der Buchdruckersterbekaffe
Straßburg i. Elb., welche seit ihrem Weggange
von Straßburg weiterhin der Kasse angehören wollen,
werden um entsprechende Mitteilung ersucht, wie sie
ihre bisherigen sowie die späteren Verpflichtungen der Kasse gegenüber zu regeln
gedenken. (Ausgenommen hiervon sind jene Mitglieder, die bereits vor ihrem
Weggange die entsprechenden Angaben gemacht haben.) Alle Zustchriften, mit
deutlicher Adresse des Absenders versehen, sind unter „Bandkorrespondenz“ bis
1. November 1919 zu richten an den Schriftführer der Kasse, Herrn G. Herold,
Prachengasse 2, Straßburg i. E. — Nachbestellung dieser einmaligen Aufforderung
zieht Ausschluss aus der Kasse nach sich (§ 13 b der Satzung). Der Vorstand.

15. Oktober beginnt ein neuer brieflicher Stenographiekursus (System
Gabelberger). Monal nur 5 Mk., Dauer 2 Monate.
Anmeld. erb. H. Busch, Leipzig-Wahren, Am Bahnhof 26.

Die Nacht der freien Rede
„Reden können“ bedeutet heute alles! Auch Sie
errolchen dieses Gabo nach kurz. Studium durch:
Gehandelt M. 5,75
gebund. M. 7,95
postfrel. Nachn.
60 Pf. mehr.
von Walter Möller. — M. stellt in kühner Sprache das
bisherige Dogma aller Lohrbücher bolsolte und erreicht
damit, daß sein Buch die Lehre der Redekunst klar und
leichtfaßlich darstellt — schreibt „Der Vortrag“ Weimar.
Vorsand „Arvi“ Abt. Literatur, Leipzig 90, Postf. 122
Porto sparen! Bestellung auf Zahll.-Abrechnit genügt. Postacheck: Lsg. 57412.

Typographseher, Seherstereotypseher
ge sucht. [675]
Buchdruckerel und Verlag „Neue Zeitung“, Jena.

Tüchtiger, erfahrener
Monolineseher
mit mehrjähriger Praxis in gutbezahlte Stellung für sofort gesucht.
Angebote erbeien an [674]
Chemnitzer Druck- und Verlagsanstalt, G. m. b. H., Chemnitz.

Illustrations- und Farbendrucker
ge sucht. Nur erstklassiger, lediger Drucker beliebe sich unter Angabe der bis-
herigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche zu melden.
Serg & So., Nürnberg, Bucherstraße 76.

Maschinenmeister
36 Jahre alt, in der Bedienung von Ein- und Zweitlorenmaschinen bestens er-
fahren, sucht, gestützt auf beste Zeugnisse und Referenzen, baldigt Stellung. Suchender
ist auch an Frankfurter Rotation ausgebildet. Off. Offerten unter Nr. 646 an
die Geschäftsstelle d. Bl.

Erst jeht erhalten wir die traurige
Nachricht, daß unser lieber Kol-
lege, der Seher [673]
Heinrich Bierrol
aus Frankfurt a. M., am 24. Ok-
tober 1916 im Alter von 37 Jahren
vor Duomaunton gefallen ist.

Ferner verstarb am 4. Oktober
nach längerem Leiden infolge
Nierdarmeroperation unser lang-
jähriges Mitglied, der Seher
Ernst Fischer
aus Kolbbrücke, im Alter von
44 Jahren.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm.
Bezirksverein Frankf. a. M.

Am 14. September verschied
nach übermäßigem Leiden am
Lophus der Seher [668]
Arthur Werner
aus Sangershausen, zuletzt in
Lübbecke I. W., im Alter von
51 Jahren.
Ein ehrendes Andenken wird
demselben bewahrt vom
Bezirksverein Lübecke I. W.

Wiederum hat der Tod einen
lieben Kollegen aus unsrer Mitte
geriffen. Am 4. Oktober verstarb
nach längerer Krankheit unser
Kollege, der Korrektor [668]
Ernst Fischer
aus Konradsdorf I. G., im
48. Lebensjahre.
Der Verlorbene fand: Jahr-
gehntelang als Faktor in seiner
Heim- und war durch seinen
lauteren, offenen Charakter bei
seinen Kollegen hochgeschätzt.
Sein Licht ist ihm die Erde
Frankfurt a. M.,
6. Oktober 1919.
Die Verbandsmitglieder
des „Gründer der General-
angelegers“.

Am 29. September verschied
unserer Kollege am Herzschlag unser
lieber Kollege und langjähriger
Mitglied, der Buchdruckerseher
Karl Bonning
aus Karlsruhe im Alter von
54 1/2 Jahren.
Wir verlieren in demselben
einer eifrigen Verfechter der Ar-
beitsfrage, einen stets wohlge-
fährten Prinzipal und ein dreißig-
jähriges Mitglied unsrer Orga-
nisation.
Sein Andenken wird stets in
Ehren halten
Der Ortsverein Karlsruhe.
Die Kollegen der Buchdruckerel
H. Bonning.

Luzerner Kongressbilder

III.

Dritter Tag

Als Vorsitzender fungierte Schlumpf, der den am Abend zuvor noch eingetroffenen Vertreter aus der Tschechoslowakei, Kollegen Wenzel Nemecsek, Begrüßte, u. a. von einem Begrüßungsschreiben aus Mähren Kenntnis gab und von Keuler mitteilte, daß dieser seines kranken Zustandes wegen habe abreisen müssen.

Selb erhielt darauf zur Berichterstattung der Kommission das Wort, der zunächst bedauerte, daß Keuler nicht vollständig habe an den Beratungen teilnehmen können; er sei aber von allem unterrichtet und habe den vorzulegenden Resolutionen seine Zustimmung erteilt. Man wäre dahin übereingekommen, allgemein den Krieg und seine Folgen zu verurteilen und einen allgemeinen Appell an die Kollegen aller Länder zu richten. Die Buchdrucker müßten alle Bestrebungen der allgemeinen Arbeiterchaft gegen den Krieg unterstützen. Keuler habe zwar erklärt, daß er unter Vorbehalt zustimme, da Frankreichs Arbeiterchaft die Auffassung von einem Verteilungskrieg gehabt habe, die Hauptsache sei aber, daß er der Resolution zustimme. Viele laute:

Der VII. internationale Buchdruckerkongress, zusammengetreten im September 1919 in Luzern, drückt nach erfolgter Aussprache sein tiefstes Bedauern aus über die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Zerrüttung und über die allen Völkern auferlegten Leiden und Lasten. Er konstatiert und bedauert, daß die Arbeiterchaft der einzelnen Länder und der ganzen Welt nicht die nötige Kraft hatte, diese Katastrophe zu verhindern durch ihre eignen Mittel und den Einfluß auf die öffentliche Meinung. Der Kongress erachtet als das letzte Mittel zur Verhütung weiterer Kriege den engeren Zusammenschluß der Arbeiterchaft auf internationalem Boden. In diesem Sinne spricht er sich für das Wieder-aufleben und den weiteren Ausbau der internationalen Beziehungen aus. Er erwartet insbesondere von der Buchdruckerberuferschaft aller Länder, daß sie alle diese Bestrebungen lebhaft unterstützt und im engeren Kreise durch Anschluß an das Internationale Sekretariat diesen Willen zum Ausdruck bringt.

Ohne Debatte gelangte dann diese Entschliebung einstimmig zur Annahme.

Selb berichtete alsdann, wie sich die Kommission die Statutenerweiterung denke. Man sei nicht so weit gegangen, als gestern bisweilen verlangt wurde, aber da bald ein neuer Kongress notwendig werden dürfte, könnte man dann ja weitere Fragen über das Tätigkeitsgebiet regeln. Den Verbänden sollte vom Internationalen Sekretariat mehr mit statistischem Material an die Hand gegangen werden. Die Vertretung desselben auf den Verbandstagen wolle man vorderhand noch nicht strikte vorschreiben wegen der wohl noch längere Zeit bestehenden Rückschwierigkeiten. Es müßten sich aber in allen Ländern Mitarbeiter für das Internationale Sekretariat finden, und von allen Organisationen müßte es in bester Weise unterstützt werden. Die Kommission empfehle, die im Artikel 1 des Statuts aufgezählten Ausgaben wieder zu übernehmen und in einem Nachtrage die weiteren für künftig zu nennen.

Klein bemerkte hierzu, daß die statistischen Arbeiten mit den Umrechnungen viel Zeit erfordern. Wenn der internationale Sekretär alles erfüllen sollte, was jetzt verlangt werde, dann könne er es nicht allein machen. Er spreche da aus den in Stuttgart gemachten Erfahrungen.

Selb: Die Kommission habe auch darüber gesprochen und Verklärung in Aussicht genommen. Wenn mehr Aktivität verlangt werde, müßten auch mehr Mittel und Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Es sei für die Internationale Sekretariatskommission die Belugnis vorgegeben, eine Hilfskraft anzustellen.

Klein brachte demgegenüber zum Ausdruck, daß eine volle Arbeitskraft notwendig sein werde; mit einer Hilfskraft sei nicht auszukommen, die obendrein nicht orientiert und eingearbeitet sein könne.

Krahl machte auf den Unterschied zwischen einem zweiten Sekretär und einer Hilfskraft aufmerksam. Dieser könnten ja gar nicht die richtigen Befugnisse zu. Der Kongress möge deshalb schon hier über den zweiten Sekretär befinden.

Schlumpf: Die Schweizer würden sich für einen zweiten Sekretär erklären.

Van der Wal: Man könne noch nicht genau wissen, welche Arbeiten entstehen; man solle deshalb nur im Prinzip annehmen, einen zweiten Sekretär anzustellen.

Selb: Man sei nicht der Ansicht, daß ein bloßer Hilfsarbeiter genüge, man habe aber auch nicht die Auffassung, daß heute schon ein zweiter Sekretär gewählt werden müßte. Was den Besuch von Generalversammlungen betreffe, wenn einmal zwei zusammenfallen sollten, so könnte in einem solchen Falle ein Mitglied oder der Vorsitzende der Internationalen Sekretariatskommission entsandt werden. Die Angelegenheit eines zweiten Sekretärs könne erst vom nächsten Kongress erörtert werden, jetzt käme nur eine tüchtige Bureaukraft in Frage.

Goldemann: Ein zweiter Sekretär sei notwendig. In den Verhandlungen hier wäre doch zum Ausdruck gekommen, daß alle Buchdruckerorganisationen der Welt herangezogen werden sollten, da werde künftig viel Arbeit erforderlich werden. Stautner sei gesundheitslich nicht allem gewachsen. Man solle dem Schweizer Vorkand und der Internationalen Sekretariatskommission den Auftrag erteilen, nach Notwendigkeit die zweite Sekretärstelle zu erteilen.

Vorsitzender Schlumpf: Im Sinne Goldemanns könnte ja gehandelt werden.

Selb: Man sollte im Rahmen der Resolution bleiben. Es könnte aber vorgelesen werden, daß als Hilfskraft ein Kollege genommen werde, der einmal in die zweite Sekretärstelle gelangen könne. Der nächste Kongress sollte dann die Wahl vornehmen.

Dworacek: Es sei abzuwarten, wie sich die Hilfskraft einarbeite. Der nächste Kongress solle dann Bestimmung treffen über den Posten. Wenn Stautners Krankheit angelehrt worden sei, so könnte vielleicht die Auffassung entstehen, es wären zwei Sekretäre da, aber nur einer, der arbeiten könne. Der nächste Kongress solle also erst Beschluß fassen. Dann habe auch noch Ausschreibung und Abstimmung unter allen Verbänden stattzufinden. Die Hilfskraft sollte aber von der Sekretariatskommission angestellt werden.

Vorsitzender Schlumpf resümierte darauf: Die Internationale Sekretariatskommission sei berechtigt, eine Hilfskraft anzustellen. Der nächste Kongress werde dann über Umwandlung in eine zweite Sekretärstelle zu beschließen haben.

Es wurde darauf diese Feststellung akzeptiert und die vorgelegte Sekretariatsresolution einstimmig angenommen:

Der Kongress beschließt neuerdings, daß das Internationale Sekretariat die folgenden, bereits im Statut niedergelegten Aufgaben zu erfüllen hat:

- a) die Beziehungen unter den einzelnen Buchdrucker-verbänden, soweit sie internationale Interessen betreffen, zu vermitteln;
- b) eingehende Informationen über Verfassung, Leistungen, Unterhaltungsanrichtungen, Vermögensbestand, Tarifverhältnisse, Bezahlungen usw. aller bestehenden Verbände einzuholen und fortlaufend Berichte darüber den Fachblättern bzw. Verbandsvorständen zugänglich zu machen;
- c) bei Regelung der Tarifverhältnisse in dem Gebiete der dem Internationalen Buchdruckersekretariat angehörenden Vereine mitzuwirken.

Im weiteren erörtert der Kongress die Aufgabe des Sekretariats auch darin, alle diese Fragen selbst zu erörtern und sie den Verbänden zur Behandlung zu unterstellen. Es soll ferner mindestens vierteljährlich über alle wichtigen Begebenheiten in den Verbänden Bericht erstatten. Auch gehört zu seiner Tätigkeit die Aufstellung von Vorschlägen auf Vereinfachung der Einrichtungen in den Verbänden, um möglichst Gleichartigkeit der bei Tarifbewegungen aufzustellenden Forderungen zu erlangen.

Selb referierte darauf zu der Resolution über die Sitzverlegung des Sekretariats. Die Kommission schlage vor, die Verlegung sobald als möglich vorzunehmen, wie sich eben die Schwierigkeiten in der Wohnungsfrage überwinden ließen. Die neue Internationale Sekretariatskommission solle aus fünf Mitgliedern bestehen und sei vom Vorkand des Schweizerischen Typographenbundes zu ernennen; nur die besten Kräfte sollten in Betracht gezogen werden. Das Schweizerische Zentralkomitee könne die Kommissionsmitglieder aus seiner Mitte nehmen, das solle aber nicht Vorschritt sein. Solchermassen wäre die engere Internationale Sekretariatskommission zu bilden. Die erweiterte Sekretariatskommission solle von den Vorsitzenden (bzw. deren Stellvertretern) der drei größten Verbände Deutschland, Frankreich, Holland gebildet werden. Es könne schriftliche oder mündliche Verständigung stattfinden, je nach Wichtigkeit der zu treffenden Entscheidungen. Hierin könne aber jeder Kongress eventuell eine Änderung herbeiführen, bis zum nächsten solle aber nach diesem Modus verfahren werden.

Vorsitzender Schlumpf sprach anschließend seine Genugtuung aus, daß auch diese Frage so einmütig gelöst werden könne. Es sei das eine Ehre für die Schweiz. Der Schweizerische Typographenbund solle dem deutschen Verbande für seine kongressante Haltung besondere Anerkennung. Die neue Sekretariatskommission werde der ihr zugewiesenen Kompetenz, das Gehalt des internationalen Sekretärs den Zeitverhältnissen anzupassen, zu entsprechen wissen.

Die einstimmig angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Mit Rücksicht auf die durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse und im Interesse einer leichteren und besseren Verständigung zwischen den Organisationen der einzelnen verschiedensprachigen Länder beschließt der Kongress, den Sitz des Internationalen Sekretariats wieder in die Schweiz zurückzuverlegen.

Vorsitzender Schlumpf verlas im Anschlusse hieran einen von Keuler schriftlich hinterlassenen Wunsch, daß das Internationale Buchdruckersekretariat künftig blühen und gedeihen möge, worüber der Kongress mit Befriedigung

qualifizierte. Infolge eines aus Norwegen eingegangenen Telegramms bemerkte er noch, daß Deutschland und Österreich ja nach dem von Selb empfohlenen Wege handeln könnten, die andern Länder hätten es aber leichter und sollten deshalb mit schneller Unterfertigung beistimmen.

Die Beratungen des zweiten und dritten Kongresslages bildeten mit dieser Erledigung der Hauptfragen den Höhepunkt von Luzern 1919. Auch nach außen wird man den gleichen Eindruck erhalten, wenn die nach Lage der Dinge nicht geringen Schwierigkeiten, die einer Einigung über die Schwerpunkte des Kongresses sogar entgegenstehen mußten, besonders in Berücksichtigung gezogen werden.

Über die weiteren Verhandlungsgegenstände am dritten Tage wird in der Fortsetzung berichtet werden.

Papiernot und Papiervertierung

Stand der Papierzeugung

Die papierverarbeitenden Industrien befinden sich noch immer in einer außerordentlichen Notlage. Rohstoffmangel sowie Transportverwickelungen schränken die Erzeugung dermaßen ein, daß selbst der notwendige Bedarf an Papier nicht gedeckt werden kann. Auch hinsichtlich der Beschaffenheit des Papiers bleibt viel zu wünschen übrig, so daß besondere Wünsche der Auftraggeber von Druckereien sowohl wie des kaufenden Publikums in bezug auf die Güte der Arbeiten leider noch immer nicht Berücksichtigung finden können. Bedauerlicherweise wird aus sachdienlichen Kreisen berichtet, daß in absehbarer Zeit an eine Besserung der Situation nicht zu denken ist.

Nochmalige Erhöhung des Preises für Zeitungspapier

Nach Bekanntmachung der Reichsstelle für Druckpapier vom 29. September 1919 wurden die Preise für Zeitungspapier ab 1. Oktober d. J. wiederum erhöht, und zwar diesmal um 18,50 Mk. pro 100 kg. Demnach beträgt der Preis für Rollenpapier gegenwärtig 118 Pf. und für Flachdruckpapier 122 Pf. Das der Erhöhungspreis für Zeitungspapier etwa 21 bis 22 Pf. pro Kilo ausmachte, so kommt eine Steigerung der Preise für Zeitungspapier um rund 500 Proz. in Betracht. Das den Bezüglern von den Herstellern bisher gewährte Massenkonto von 2 Proz. ist gleichzeitig in Fortfall gekommen. Die auf Grund dieser Bekanntmachung festgesetzten Preise gelten für das vierte Viertel dieses Jahres, also vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1919. Wie verlautet, sollen die Vertreter der Verlegerverbände erst nach langwierigen Verhandlungen diese Preiserhöhungen aufgestanden haben.

Außerordentlich hohe Gewinne der Papierfabriken

Hinsichtlich der Verteuerung der zur Fertigstellung eines Buches oder einer Zeitung erforderlichen Materialien steht die Preissteigerung des Papiers zweifellos an erster Stelle. Ist man nun ohne weiteres bereit, die Schwierigkeiten, die der Beschaffung der Rohstoffe für die Papierzeugung entgegenstehen, anzuerkennen und zuzugeben, daß die Verteuerung aller Rohstoffe auch eine entsprechende Steigerung der Papierpreise bedingt, so muß man doch auf der andern Seite seiner Verwunderung Ausdruck geben darüber, daß die Geschäftsergebnisse vieler Papierfabriken in den letzten Jahren geradezu glänzend geworden sind.

In der „Papierzeitung“ befindet sich eine diesbezügliche bemerkenswerte Zusammenstellung, nach der im Geschäftsjahre 1917/18 die folgenden Resultate von 25 Aktien-gesellschaften zu verzeichnen waren:

Gesellschaften	Stammkapital in Mk.	Dividenden in Mk.	in Proz.
1	1 650 000	594 000	36
4	2 926 000	731 500	25
1	2 600 000	572 000	22
4	14 508 000	2 901 600	20
1	600 000	102 000	17
1	1 250 000	200 000	16
2	1 633 000	244 950	15
1	2 600 000	364 000	14
3	4 900 000	588 000	12
1	1 170 000	111 150	9 1/2
2	2 600 000	208 000	8
1	3 000 000	270 000	9
1	7 700 000	38 500	5
1	400 000	16 000	4
1	561 000	—	—
25	41 168 000	6 941 700	16,862

Sieht man in Betracht, daß in dem Geschäftsjahre 1915/16 von 29 Gesellschaften mit einem Stammkapital von 42 599 300 Mk. 2 492 400 Mk. oder 5,851 Proz. Dividende gezahlt wurden, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sich die Durchschnittsdividende in zwei Jahren fast verdreifacht hat. Einige Aktiengesellschaften gewährten ihren Aktionären unter dem Namen Bonus noch recht beträchtliche Sonderdividenden, so daß die wirkliche Steigerung der Durchschnittsdividende eine noch weit höhere ist.

Das beste Geschäft machte jedenfalls die Altmendorfer Papierfabrik, die an ihre Aktionäre 36 Proz. Dividende verteilte. Außer dieser Dividende erhielten die Aktionäre aber auf jede Aktie im Werte von 1000 Mk. noch ein Geschenk, nämlich 500 Mk. Kriegsanleihe. Das angelegte Kapital dieser Aktionäre hat sich demnach im Jahre 1917/18 um 86 Proz. vermehrt. Und das soll man nicht von Papierwucher sprechen? Etwas geringere Profittager der Papierfabrikanen wäre wahrlich am Platz und würde manche Entfremdung und manche Besserung der Verhältnisse für die Angehörigen der papierverarbeitenden Industrie und ganz besonders für das Buchdruckgewerbe mit sich bringen.

Die Konjunkturerklärung für das vierte Quartal 1919

Eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 24. September d. J. regelt das Bezugsrecht auf Druckpapier für das vierte Vierteljahr 1919 für den Zeitungsbedarf sowohl als auch für den Buch- und Zeitschriftenbedarf. Danach bleibt die Zuteilung im großen und ganzen dieselbe wie in den beiden ersten Vierteln dieses Jahres. Die Einschränkung der Zeitungen bleibt bestehen, und zwar so, wie sie den Zeitungen auf Grund ihres im Jahre 1915 ermittelten Umlanges auferlegt worden ist. Das Bezugsrecht derjenigen Zeitungen, deren Auflage am 1. Oktober 1919 oder später um mindestens 10 Proz. gegenüber der Durchschnittsalte Auflage des Jahres 1915 zurückgegangen ist und deren Bezugsrecht mehr als 5000 kg beträgt, wird, dem Rückgang der Auflage entsprechend, gekürzt. Die Verleger solcher Zeitungen sind verpflichtet, der Reichsstelle für den Rückgang der Auflage zu berichten.

Um eine Besserung der Verhältnisse auf diesem Gebiet ist also vorerhand noch nicht zu denken. Warum endlich werden wir in bezug auf die Druckpapierzuteilung besseren Zeiten entgegengehen?

Opposition gegen den Abbau der Zwangsverwaltung

Der „Zeitungsverlag“ bespricht in seiner Nummer vom 3. Oktober die Änderung in der Papierwirtschaft und kommt zu dem Resultat, daß mit der „Umformung der Reichsstelle für Papierholz, der in der Hauptsache nur die Fürsorge für die hinreichende und pünktliche Beschaffung der Rohmaterialien und Betriebsstoffe für die Herstellung von Zeitungsdruckpapier (Bücherei)“, nicht adient ist. Es müsse mindestens gefordert werden, daß die Vergütung, die zur Senkung der Papierpreise an die Hersteller von Zeitungsdruckpapier durch die Reichsstelle für Papierholz gezahlt wurde, weiter geleistet werde. In dem angegebenen Artikel wird der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß die neue Preisbildung, die sich aus dem Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Faktoren ergibt, katastrophale Folgen zeitigen wird, wenn die Schritte, die der Verein Deutscher Zeitungsverleger in dieser Hinsicht beim Reichsfinanzminister unternommen hat, keinen Erfolg haben würden.

Es wird fernerhin ausgerechnet, daß der Fälligkeit der Beschaffung billigeren Papierholzes allein eine Preis-erhöhung von 9,25 Mk. für 100 kg Druckpapier bedingt; ferner komme der Fälligkeit der Barvergütung an die Zeitungsverleger aus Mitteln des Reiches und der Einzelstaaten in Betracht, die früher 16 Mk. für 100 kg betrug, am 1. April 1919 auf 11,50 Mk. und am 1. Juli dieses Jahres auf 5,50 Mk. pro 100 kg reduziert wurde, und als dritten Belegstein stellt man die Neuordnung der Fabrikanten an. Nach dieser Ausrechnung, bilden die Verleger am 1. Oktober mit einer Gesamtpreissteigerung von 25,75 Mk. pro 100 kg Druckpapier zu rechnen gehabt. Damit habe sich die materielle Belastung des Zeitungsgewerbes, wenn man die übrigen außerordentlichen Verteuerungen berücksichtigt, zur Unentrichtlichkeit gesteigert.

Manz dürfte diese Rechnung wohl nicht stimmen, denn die Verleger der größeren und verbreitetsten Zeitungen dürften zweifellos die strikte verhältnismäßig erträglich überleben. Anders ist es mit den kleinen Zeitungen und der Provinzpresse. Wir pflichten dem „Zeitungsverlag“ ohne weiteres bei, wenn er sagt, daß die Presse nicht, wie die meisten andern Gewerbegebiete, bei denen es sich um rein wirtschaftliche Unternehmungen handelt, in der Lage ist, den Anholenzuwachs in nennenswertem Umfang auf die Konsumenten abzuwälzen, wenigstens sollte mit der fortgesetzten Erhöhung der Bezugspreise endlich einmal Schluss gemacht werden, um dem Volke den Genus der notwendigen geistigen Nahrung nicht umöglich zu machen. Aus diesem Grunde würden auch wir eine Umkehr der Regierung in bezug auf die Papierpolitik — sei es durch weitere Beschaffung billigen Papierholzes oder in anderer Form — begrüßen.

Bundschau

Nachahmenswerte Beispiele. Anlässlich ihres 50jährigen Bestehens gewährte die Lehmannsche Buchdruckerei in Dresden dem Personal je nach Dauer der Geschäftszugehörigkeit einmalige Geldzuschüsse in Höhe von 25 bis 120 Mk. — Aus Anlaß der Umwandlung der Buch- und Steinbrücker F. Kirchner in G. m. b. H. zahlte der bisherige Chef der Firma am 1. Oktober jensei Mitarbeiter des Betriebes, die länger als fünf Jahre in dem Betriebe tätig sind, die Summe von 100 bis 150 Mk. aus; etwa 18 Kollegen kamen in den Genuss dieses in der jetzigen Zeit doppelt angenehmen Zuschusses. — In Flensburg wurden dem Personal des

„Flensborg Avis“ aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Firma größere Geldsummen ausbezahlt. Lehrlinge und kurze Zeit beschäftigte Hilfsarbeiter erhielten je 100 Mk.; ältere Hilfsarbeiter 500 Mk., längere Zeit beschäftigte Gehilfen je 1000 Mk., der Faktor 1500 Mk. Das Personal erhielt ähnliche Zuwendungen bis zu 2000 Mk. Zu erwähnen ist hierbei noch, daß die Firma die neuen tarifmäßigen wöchentlichen Feuerungszulagen schon vorher von 10 auf 20 Mk. erhöht hatte. — In Koburg hat die „Volksblatt“-Druckerei (Fischer & Co.) die ab 1. Oktober zu zahlenden neuen Feuerungszulagen bereits ab 1. September zur Auszahlung gebracht.

Ausrufr der Strahburger Buchdruckerbeschafter. Alle ehemaligen Mitglieder der Buchdruckerbeschafter in Strahburg i. C., die infolge der politischen Umwälzungen Strahburg verlassen haben oder verlassen mußten, mit der Kasse aber irgendetwas noch zu regeln haben, werden auf das Inverlet dieser Kasse in heutiger Nummer hiermit besonders aufmerksam gemacht.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Kassel legte Kollege Adam Hoffmann (Messungen) die Meisterprüfung ab.

Der Landrat als Verteidiger ehemaliger Klassenjuristen. Gegen den Landrat v. Göb von Waldenburg wurde kürzlich im Waldenburger Kreislag ein Mißtrauensvotum von den sozialdemokratischen Kreislagmitgliedern eingebracht und dessen Annahmeforderung, weil dieser Herr den traurigen Ruf hatte, die Ausschließung des Kreisratsmitgliedbes Hoffmann zu verlangen, der im Jahre 1913 als Faktor der „Bergwacht“-Druckerei in Waldenburg in einer Flugblattfälschung zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Es handelte sich damals um ein Urteil des Schwedinger Schwurgerichts in einem Prozeß, der in tendenziöser Weise geführt wurde, nur um die Sozialdemokratie zu treffen. In dem Mißtrauensvotum wird erklärt, daß die sozialdemokratischen Kreisratsmitglieder nicht länger mit Landrat v. Göb gemeinsam arbeiten können und die Regierung wird aufgefordert, für die Verwendung des Genannten in anderer Stelle zu sorgen sowie die Wahl eines neuen Landrats zu veranlassen. Landrat v. Göb war bei der Kreislagssitzung nicht zugegen. Das von dem betreffenden Landrate heute noch verdächtigste Kreisratsmitglied war langjähriger Vorsitzender unseres Waldenburger Ortsvereins und mußte seinerzeit ins Zuchthaus wandern, weil er das Opfer eines zweifelhafte Meineides wurde, den sich ein Strohzeuge der Agrarier im damaligen Reichstagswahlkampf leistete, um die Verfassung eines Wahlflugblattes gegen die Agrarier der Bestrafung auszuweichen. In Nr. 77 des „Storr.“ vom Jahre 1913 wurde der Zusammenbau und Verlauf jenes ausbekehrtenregenden Prozesses unter der Überschrift „Das Trauerpiel von Waldenburg“ ausführlich geschildert. Der jetzige Vorfall zeigt, was Geldes Kinder auch heute noch in der Republik Deutschland als Landrat glauben anmilieren zu können.

Rückgang des Druckes ausländischer Autoren in Deutschland während des Krieges. Wie weiß die zu Anfang des Krieges von vielen Heißjornen geforderte völlige Bophottierung des feindlichen Schrifttums in die Tat umgesetzt wurde, erläutert eine Statistik im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“. Sie erfährt allerdings nur die Jahre 1915, 1916 und 1917, denn 1918 war die feindliche Stimmung gegen alles Fremdsprachige längst schon zum alten Eisen geworden. Wurden im letzten Friedensjahre noch 107 Bücher neuer französischer Autoren in deutscher Sprache gedruckt, so waren es 1914 nur noch 51. Die Zahl sank 1915 auf 10 herab. 1916 sind es 13, 1917 schon 18. Die Zahl der in deutscher Sprache erschienenen englischen Bücher betrug 1913 106; sie blieb 1914 fast unverändert (107), was wohl zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß sich unter den englischen Autoren viele Amerikaner befanden, die ja 1914 noch nicht als „feindliche Ausländer“ galten. 1915 ging die Zahl auf 20 zurück, im Jahre 1916 noch einmal auf 47 und sank im folgenden Jahr auf 16. Hier spielte der Mangel an neuem literarischem Material eine große Rolle, denn bei der Zunahme im Jahre 1916 handelte es sich vielfach um Neuauflagen älterer, schon vor dem Krieg erschienener Werke. Die italienischen Bücher sanken von 10 im Jahre 1913 auf 6 im Jahre 1914; 1915 und 1916 erdienen nur je eines aus dem Italienischen überfleses Werk und 1917 kein einziges. Von russischen Verfassern (für die das Interesse von jeher flärker war) erschienen 1913 27 Bücher, 1914 sind es noch 22, 1915 aber nur noch 4, 1916 und 1917 je 6. Aber auch die „neutralen“ Ausländer wurden durch den Krieg hart betroffen. 1913 erschienen in Deutschland 105 Bücher skandinavischer Autoren, 1914 nur noch 72, 1915: 27, 1916: 42 und 1917: 25. So ist der Krieg immerhin nicht ohne Einfluß auf die Verbreitung des fremdsprachigen Schrifttums in Deutschland geblieben.

Ein merkwürdiger Schiedspruch über Streikarbeit.

Ein paritätisch zusammengesetzter Schlichtungsausschuß im Verlagsgewerbe erklärte nach einem Berichte der „Sozialen Praxis“ gelegentlich einer im Reichsarbeitsministerium abgehaltenen Sitzung, er erachte es nicht für begründet, wenn die Arbeit, zu der ein Angestellter vertraglich verpflichtet ist, aus anderen als den gesetzlichen Gründen verweigert werde. Die Begründung, einem Angestellten könne keine Streikarbeit zugemutet werden, entbehre der gesetzlichen Grundlage. Diese Auffassung können wir nicht teilen, sie widerspricht so sehr dem Ehr- und beruflichen Selbstbewußtsein, das sie direkt als unumränglich bezeichnend werden muß. Wenn es heute noch kein öffentlich-rechtliches Gesetz gibt, das die Verweigerung von unbestreitbarer Streikarbeit als zulässig anerkennt, so ist das ein Mangel, der mit dem Zeitgeist in so kräftigem Widerspruch steht, daß man sich fast wundern muß,

wenn ein paritätisch zusammengesetzter Schlichtungsausschuß diesen Mangel als maßgebende Grundlage seiner Entscheidung anerkennt. Uns dünkt, der betreffende Schlichtungsausschuß hat überhaupt seine Aufgabe vollständig verkannt. Bis her war es nämlich so, daß die Schlichtungsausschüsse deshalb nötig wurden, weil die betreffenden Gelehe verschiedener Auslegung fähig waren oder überhaupt keine Gelehe für die aus der neuen Zeit resultierenden Streitfragen vorhanden sind. In solchen Fällen sollen die Schlichtungsausschüsse den gefunden Meinungsverstand zu Hilfe nehmen, um fristige Fragen auch ohne gesetzliche und juristische Anlässe zu klären. Im vorliegenden Falle hat der betreffende Schlichtungsausschuß aber lediglich festgestellt, daß er unfähig war, diese Aufgabe zu befehlen. Denn wenn er glaube, nur entscheiden zu können und zu dürfen, was schon gesetzlich festgelegt oder kommentiert ist, so hätte er im vorliegenden Fall überhaupt nicht zusammenzutreten oder entscheiden brauchen. Aber gerade, weil es sich um eine Frage handelt, die gesetzlich noch nicht erfaßt ist, hätte er alle Verantwortung gehabt, die grundsätzliche Seite der Streitfrage unter die Lupe zu nehmen und eine eigene Entscheidung treffen sollen, die die Rinde in der Gesetzgebung ausgefüllt hätte. Er hat aber die Rinde nur noch deutlicher gemacht, ohne die geistige und sittliche Seite der Streitfrage zu begreifen und zu klären. Das ist keine praktische und zeitgemäße Wirtschaftspolitik, sondern Ainderstsubepolitik, die man nur bedauern kann.

Der deutsche Arbeitsmarkt im August 1919. Das „Reichsarbeitsblatt“ gibt über die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im August d. J. in seiner letzten erschienenen Septemberrummer einen ausführlichen Bericht, der nach unserer Auffassung nicht ganz frei von tendenziösen Momentionierungen ist, die in einem amtlichen Organ besser vermieden würden. Nach einer kurzen Erwähnung der Rückkehr der Kriegsgefangenen heißt es u. a.: „Vorläufig herrscht noch in weiten Kreisen die Arbeitsunflut. Sie äußert sich in der Berufsabhiehr von anstrengender Arbeit, wie z. B. im Bergbau, in häufigem Stellenwechsel, in Bestrebungen zu einer weiteren Vertiefung der Arbeitszeit im Kohlen-, Eisenerz- und Stahlbergbau, in geringen Arbeitsleistungen, die nur da, wo Akkordlöhne eingeführt wurden, eine bemerkenswerte Besserung aufweisen, und schließlich in zahlreichen Streiks.“ Wir vermüssen gegenüber diesen Feststellungen eine objektive Darstellung oder Unterfuchung der Gründe für diese gewiß unerfreulichen Erscheinungen. Ihre einfache Reghellierung ist einseitig und gibt kein gerechtes Bild von den tatsächlichen Verhältnissen, jedenfalls ist die Arbeitsunflut in allen Kreisen, die sich nicht zur Arbeiterkafte zählen, verhältnismäßig viel größer. Und der Rückgang der Leistungen in Arbeiterkreisen hat wohl auch noch ganz andere Ursachen als nur Arbeitsunflut selbst. Das ergibt sich auch aus den weiteren Feststellungen des „Reichsarbeitsblattes“ mit aller Deutlichkeit, was aus folgenden Auszügen ersichtlich ist. Kohlen-, Rohstoff- und Strommangel haben nämlich weitere Betriebssehränkungen und Stilllegungen ganzer Werke und Abteilungen verurteilt. Unangenehme Arbeiterentlassungen waren nicht zu vermeiden. — Nach den Feststellungen von 34 Fachverbänden mit 4264179 Mitgliedern waren an einem gewissen Stichtage 180215 oder 3,1 Proz. Arbeitslose vorhanden; was der gleichen Prozentziffer vom Juli d. J. entspricht, gegen 21,3 Proz. im August 1914 und 2,8 Proz. im August 1913. Bei den Buchdruckern wurde im August 1919 eine Arbeitslosigkeit von 4,4 Proz. gegen 0,0 Proz. im gleichen Monate von 1918, festgestellt. Im Juli d. J. war das Verhältnis der Arbeitslosen gleichfalls 4,4 Proz. — Die vom „Reichsarbeitsblatt“ hervorgehobene „Arbeitsunflut“ erfährt ferner durch die Berichte der Arbeitsnachweise eine sehr scharfe Korrektur, indem diese ergeben, daß im gleichen Berichtsmonat auf je 100 offene Stellen bei den Männern 154 Arbeitsuchende kamen, gegen 151 im Juli und 136 bei den Frauen. Nur im Bergbau konnte auf je 100 offene Arbeitsstellen für Männer nur 32 Arbeitsuchende, gegen 28 im gleichen Monate des vorigen Jahres und bei den Frauen 56, gegen 75 im August 1918. — Die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen ging in 111 Städten, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, von 329391 (229827 Männer und 94564 Frauen) auf 297727 (209834 Männer und 87893 Frauen) am 2. August zurück. — Nach den Nachweisungen von 4888 Krankenkassen hat sich die Zahl der männlichen Pflichtmitglieber abzüglich der Kranken im August um 45226 erhöht, bei den Frauen nur um 3063. Pflichtmitglieber waren am 1. September d. J. insgesamt 8756933 (darunter 3336982 Frauen) vorhanden. Seht man die Zahl der Versicherungs-pflichtigen am 1. Januar 1919 gleich 100, so hat sich die Zahl der Beschäftigten am 1. September d. J. auf 137,7 bei den Männern erhöht und bei den Frauen auf 98,9 vermindert.

Verschiedene Eingänge

„Dahem.“ Volksblatt in zwei Hften und einem Vorpruch von Franz Heiler in Orel. Der Redakteur der „Orelser Zeitung“ hat mit diesem kleinen Volksblatt einen geschloffenen Beitrag zur Verbesserung von Jelen zur Begrüßung unserer zurückkehrenden Kriegsgefangenen gestellt. Besondere Anträge an Wühne und Auszahlung werden dabei nicht gestellt. Die Tendenz ist allgemein menschlicher Natur mit einem vornehm wirkenden Einschlag von der hohen Seite aus, weshalb eine Berücksichtigung dieses kleinen Volksblattes, dessen Ausföhrung nur wenig über eine halbe Stunde im Anspruch nehmen dürfte, unsere Kommissionen empfinden ist. „Die Münchener Tragödie.“ Gellungsbau, Verlauf und Zusammenbau der Republik München. Preis 1,25 Mk. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“. Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. „Das Programm der Kommunisten“ (Bolschewiki). Von M. Budarin. Preis 3 Mk. Verlag Gesellschaft und Erlebung, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 9. „Sur Beendigung der deutschen Kriegsöföhrung.“ Von Prof. Dr. W. Götter. Preis 1 Mk. Verlag „Neues Vaterland“, Berlin W 62. „Sage Saale.“ Reichsagenden gegen die deutsche Kriegs-politik. Preis 4 Mk. Verlag „Neues Vaterland“, Berlin W 62.